

14 212

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauergewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steingewerbeindustrie, in Schelben-, Möbelfabriken und Glasereien, für Gipser, Fuher, Stukkateure, Applikateure, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Postgebühren) Bestellungen nur durch die Post Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom **Deutschen Bauergewerksbund** Hamburg 25, Wallstr. 1

Preis für Geschäftsanzeigen die zehngespaltene Millimeterzeile 1,25 M. Bei größeren Abhängigkeiten Rabatt, bei nur als Anzeigenabdruck gilt. Arbeitsmarkt die dreizehngespaltene Zeile 3 M. Anzeigen der Bauergewerkschaften Zeile 50 A.

### Unsere politische Neutralität.

Wenn wir uns entschlossen haben, über dieses Thema zu schreiben, so aus dem Grunde, weil darüber in unsern Mitgliederkreisen noch vielfach Unklarheit herrscht. Wiederholt ist der „Vorwurf“ erhoben worden, der „Grundstein“ schreibe in politisch parteiischem Sinne, und zwar zugunsten der Sozialdemokratie; dies aber dürfe er nicht, da die Mitglieder des Bauergewerksbundes nicht durchweg Sozialdemokraten seien, sondern auch a n d e r n politischen Parteien angehörten. Ferner ist gelegentlich erklärt worden, die Haltung des „Grundstein“ entspreche nicht der von unserer höchsten Organisationsförperschaft beschlossenen politischen Neutralität, die unser Bund befolgen soll, und die auch der „Grundstein“ als Sprachrohr des Bundes zu beachten habe.

Solche Vorwürfe sind hin und wieder erhoben worden von Mitgliedern, die ihr politisches Glaubensbekenntnis verlegt glaubten, wenn im „Grundstein“ Stellung genommen wurde gegen Beschlüsse oder Handlungen gerade d e r politischen Partei, zu der sich jene Beschwerdeführer rechneten. Sie warfen dann dem „Grundstein“ vor, er schreibe parteipolitisch; des öfters entlud sich ihre Entrüstung in Bauergewerkschaftsversammlungen; sie verdrückten sich zu einer Entschädigung, die in den meisten Fällen vor der Versammlung keine Gnade fand und dann im Papierkorb des Vorsitzenden ihr Erdendasein beschloß.

Wir stellen vor aller Öffentlichkeit fest: Unter parteipolitischer Neutralität einer Gewerkschaft kann nur verstanden werden jegliche Freimachung der Gewerkschaft und deren Organe von jeglicher Unterordnung unter irgendeine politische Partei; eine Gewerkschaft darf von keiner Partei keinerlei Anordnungen oder gar Befehle entgegennehmen, sie darf jede politische Partei nur danach in ihrem Wert schätzen, was sie s e l b s t zur Unterstützung der allgemeinen gewerkschaftlichen Forderungen unternimmt und durchführt. Es ist für eine Gewerkschaft ganz selbstverständliche Pflicht, lobend anzuerkennen, wenn die Tätigkeit einer politischen Partei ihren e i g e n e n Forderungen entspricht, und abfällig zu beurteilen, wenn das Streben einer politischen Partei den gewerkschaftlichen Bestrebungen z u w i d e r s ä u f t. Im übrigen ist nur die selbstgegebene Sägung für die Gewerkschaft und deren Mitglieder Richtschnur ihrer Handlungen.

Nun liegt es für jeden denkenden Gewerkschafter klar auf der Hand, daß die Ziele der Gewerkschaften nicht a l l e i n durch den Gewerkschaftskampf durchgesetzt werden können. Dazu gehört auch eine besondere politische Einwirkung. Deshalb ist nötig, eine gewisse Anlehnung zu suchen an j e n e politische Partei, die die gewerkschaftlichen Forderungen in den gesetzgebenden Körperschaften am besten vertritt, und die auch s o n s t in jeder Weise den Gewerkschaften und deren Führern freundlich gegenübersteht und deren Kämpfe in der Presse nachdrücklich unterstützt. Wir beobachten im politischen Leben Deutschlands, daß j e d e größere politische Partei eine Anlehnung sucht in Arbeiter- und Angestelltenkreisen, weil sie bei Wahlen deren S t i m m e n braucht. Auf der andern Seite suchen wieder die Gewerkschaften die g l e i c h e Anlehnung, weil sie Hilfe parlamentarischer Kreise brauchen, wenn sie für ihre Mitglieder V o l l k o m m e n e s leisten wollen. So beobachten wir eine gewisse geistige Übereinstimmung zwischen der Zentrumspartei und den christlichen Gewerkschaften, zwischen der Demokratischen Partei und den kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften, zwischen der Deutschen Volkspartei und den gelben Gebilden, sogar zwischen der Deutschen Nationalen Partei und den sogenannten nationalen Gewerkschaften. Nur ist dabei vielfach zu beobachten, daß in den genannten Gewerkschaften und Gebilden der Parteiemensch mit dem Gewerkschaftsmenschen oftmals durchgehelt und dann politische Handlungen zuwege kommen, die dem eigentlichen Gewerkschaftsstreben a b t r ä g l i c h sind.

Von solchen Gesichtspunkten lassen sich die freien Gewerkschaften n i c h t leiten. Sie sprechen nur d e r politischen Partei die Richtung ihre Zuneigung aus und unterstützen sie bei Wahlen und andern Gelegenheiten, die r e s t l o s für die gewerkschaftlichen Forderungen und Bestrebungen eintritt, niemals den Gewerkschaften Knüppel zwischen die Beine wirft, ihren Kämpfen wohlwollende Unterstützung angebeihen läßt, sich nie in ihre Taktik mengt in der richtigen Erkenntnis, daß dies einzig und allein Sache der Gewerkschaft ist, der deren Führer später über ihr

### Nun gilt es!

Nun gilt es: nun zeig, daß du stark bist!  
Die Zähne zusammen! und durchgegangen!  
Klagen und Traurigkeit hilft zu nichts  
Und macht nur müde!

Das Leben ist Krieg . . .  
Das alte Lied!

Um eine Stunde Frieden zu haben  
Am späten Abend,  
Gilt es, zeh  
Im Kampf zu sieh!

Das ist so und wird wohl immer so bleiben!  
Und nochmal denk ich sogar: es sei gut!  
Also Mut  
Und frohlich geblieben!  
Es soll uns noch lange nicht unterkriegen!

Georg Kaiser.

Tun und Handeln Rechenschaft abzulegen haben. Und da es — leider! — in Deutschland nur eine politische Partei gibt; die so handelt, die Sozialdemokratie, d e s h a l b das Wohlwollen und vielfach auch die Unterstützung dieser Partei durch die freien Gewerkschaften.

Wir wären ausgemachte Toren, wenn wir a n d e r s handelten. Wenn wir unsere gewerkschaftlichen Erfolge auf möglichst lange Sicht sichern wollen, dann bedürfen wir dabei einer politischen Stütze. Wir haben deshalb alle Ursache, auch in der P o l i t i k unsere Macht, unser Einfluß geltend zu machen, um unsere gewerkschaftlich erzwungenen Vorteile nicht durch eine Reichspolitik zugunsten der Unternehmer und des Großgrundbesitzes wieder vernichten zu lassen. Erinnerung sei hier nur an die P o l l p o l i t i k. Weil der gute deutsche Michel sein Wahlrecht immer noch nicht richtig auszuüben versteht, kam im Reichstag eine Mehrheit für Wucherzölle zustande. Diese reaktionäre und un sinnige Politik hat den Reallohn gesenkt und damit die Gewerkschaften um einen großen Teil ihrer Lohnerfolge gebracht. Wer aber hat in diesem Kampfe gegen die Wucherzölle im Reichstag an erster Stelle gestanden? Die Sozialdemokratie. Sie ist es auch, die in a n d e r e r Beziehung und stets konform mit unsern gewerkschaftlichen Forderungen alles versucht, im Rahmen des Erreichbaren praktische Arbeiterpolitik zu treiben. Sie muß dabei manches Loch z u r ü c k s t e c k e n, stellt jedoch ihre Taktik nicht auf Agitationsbedürfnis oder Muff ein, sondern sucht herauszuschlagen, was angeht die unglücklichen Parteienzusammenfügung des Reichstags möglich ist. Gewiß, mancher versteht und begreift in manchen Dingen diese Taktik nicht. Er möchte mehr. Aber dies möchte auch die Sozialdemokratie, nur scheitert ihr ehrliches Streben sehr oft an den parlamentarischen Machtverhältnissen. Und wer in unklarer Erkenntnis der Dinge dies kritisieren möchte, der möge vor allem bedenken, daß Kritikieren weit leichter ist als Besser machen, und es vor allen Dingen notwendig wäre, eine der Arbeiterchaft günstigere Parteikonstellation im Reichstag herbeizuführen.

Wer arbeitet im Reichstag fleißiger an dem Ausbau der Sozialgesetzgebung, wer tritt für den Achtstundentag ein, für gerechte Löhne, wer für die Verbesserung der Gewerkschaftenunterstützung und deren Umwandlung zu einem festen Gesetz, wer tritt ein für den Ausbau des Arbeitsrechts, für eine tragbare Fassung der Lohnsteuer, für den gesetzlichen Schutz der Gewerkschaften, kurz, für eine Reichspolitik zugunsten der arbeitenden Klassen? Wer arbeitet fleißig im Reichstage für eine gesunde Wohnungspolitik, für die restlose Verwendung der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau, für eine umfassende Bauarbeiterchutzgesetzgebung durch das Reich, alles Fragen, die vor allem die Bauarbeiterchaft direkt betreffen? Das ist die Sozialdemokratie. Wären wir nicht ausgemachte Narren, wenn wir unter diesen Umständen die politische Neutralität der Gewerkschaften so auslegten, indem wir sagten, bei Wahlen verhalten wir uns als Gewerkschaft völlig passiv, keiner politischen Partei zur Liebe, keiner zum Leide? Das hieße Vorwurf leisten allen Parteien, die entweder bei gedämpftem Trommelgeschlag hin und wider auch in Arbeiterpolitik machen, oder gar jenen rechtsstehenden Parteien, die in offener Feindschaft gegen die Arbeiterklasse stehen und am liebsten durch Putsch und blutigen Terror die arbeitenden Klassen Deutschlands zu rechtlosen Geiseln herabdrücken möchten. Dürfen wir das als vorwärtstrebende Gewerkschafter? Nie und nimmer! Wir haben die unabwiesbare Pflicht, der politischen Partei Freundschaft und Unterstützung zu erweisen, deren wirtschaftliches Programm sich mit dem unsern deckt, die uns in allem unsern gewerkschaftlichen Streben stützt und fördert, die uns in allem und stets freundlich behandelt. Dabei behalten wir uns selbstverständlich vor, auch von d i e s e r Partei keinerlei Weisungen oder gar Befehle entgegenzunehmen, treiben unsere eigene Gewerkschaftspolitik und behalten uns vor, j e d e r politischen Partei — auch der sozialdemokratischen — auf die Finger zu klopfen, falls unsere Anschauungen von einander abweichen.

Nur so ist die politische Neutralität der Gewerkschaften aufzufassen. Wir wären Heuchler oder Narren, wollten wir s i e a n d e r s auslegen. Im übrigen haben wir diesen Aufsatz nicht geschrieben, um uns irgendwie irgendjemand gegenüber zu entschuldigen. Wir wollen weder Narren noch Heuchler sein. Nur Klarheit wollen wir überall schaffen über unsere Auffassung von der politischen Neutralität der Gewerkschaften, und zeigen, daß eine a n d e r e Auffassung in dieser Frage unmöglich und schädlich ist. Wer uns aus irgendwelchen Gewerkschaftskreisen deswegen bekräftigen oder gar anfeinden wollte, der beweise nur, daß ihm seine politische Richtung höher steht als ehrliches Gewerkschaftsstreben. Und wenn uns aus dem politischen Lager unserer offenen G e g n e r daraus Anfeindungen entfließen, so sagt uns dies erst recht, daß wir auf dem rechten Wege sind. Wir sind weder verkappten Klopfschtern kapitalistisch-egoistischer Interessen noch heuchlerischen Demagogen Rechenschaft schuldig. Und ihres Vellens lauter Schall beweist nur, daß wir reiten!

### Unternehmer rufen Bauarbeiter zur Hilfe gegen die Bauhütten.

Vor anderthalb Jahren war die Bauhütte Grönberg durch eine unglückliche Geschäftsführung so weit heruntergewirtschaftet, daß die Unternehmer sich schmerzhaft die Hände rieben und das Nichterben eines ihnen unangenehmen Geschäftes erwarteten. Das energische Eingreifen des Bauhüttenbetriebsverbandes Schiefen und die sofortige Beseitigung des Geschäftsführers und eines Teiles der Mitarbeiter der Bauhütte verbandete jedoch den Zusammenbruch. Durch zielbewusste Arbeit eines neu bestellten Geschäftsführers und unter anspornungsvoller Arbeit aller im Betrieb Beschäftigten gelang es, nicht nur den Bestand der Bauhütte zu sichern, sondern auch ihren weiteren Ausbau zu gewährleisten. Die Vermögens der Unternehmer, die unter der neuen Leitung lästige Bauhütte bei den Auftraggebern in Mißkredit zu bringen, mußten durch den Wirtschaftsnachweis und die saubere Ausführung der Aufträge

halb bestimmen. Nun wurde krampfhaft nach neuen Mitteln gesucht, um den wieder erstarren unangenehmen Mitarbeiter in Wirtschaft zu bringen.

Die von der Geschäftsleitung beschrittenen neuen Wege, durch bessere Organisation der Arbeit, durch Einführung vorzuziehender Arbeitsmethoden und anderes mehr eine Erhöhung der Leistungen zu erreichen, ohne von den Arbeitern einen höheren Kraftaufwand zu fordern, hatte naturgemäß auch eine Verschärfung der Ansprüche zur Folge. Dieser unter Mitwirkung der Gesamtarbeiter erzielte Erfolg und das dadurch bei den Bauherren steigende Vertrauen zur Bauhütte wurde den Unternehmern immer unangenehmer. Insbesondere bemühten sie sich nun, die vorbildliche Zusammenarbeit zwischen Geschäftsleitung und Belegschaft zu untergraben. Die bei den Privatunternehmern beschäftigten Bauarbeiter waren dazu außersehen, den Stolz gegen die Bauhütte zu führen. Systematisch wurde von einem Teil der Unternehmer (der Inhaber des größten Baugeschäfts in Grünberg, Ringel, war besonders eifrig) die in ihren Betrieben tätigen Bauarbeiter gegen die Bauhütte aufgebracht. Insbesondere behauptungen über die in den Bauhütten verlangten Arbeitsleistungen, über nicht bezahlte Löhnerstunden und anderes mehr wurden den Arbeitern in den Frühstunden von den Unternehmern immer wieder aufs Neue vorgetragen. Wenn die Bauhütte bei einer Submision an vorderster Stelle stand, hatte Herr Ringel nichts eiligeres zu tun, als während der Arbeitszeit auf seinen Bauhütten die Arbeiter zusammenzurufen und ihnen zu erzählen, daß die Unternehmer ruiniert würden. Jeder Bauarbeiter könne sich bei der Bauhütte dafür bedanken, wenn die Unternehmer nun mehr auf Leistungen sehen müßten und trotzdem gedungen würden, die Löhne abzubauen. Das Verdienst für diese Maßnahmen stiege der von den Gewerkschaften errichteten Bauhütte zu. Beweiserweise fanden diese Einführungen bei einem Teil der Bauarbeiter offene Ohren und die Versammlungen der Baugesellschaft mühten sich des öfteren mit der Bauhütte befassen. Von der Belegschaft der Bauhütte wurde anerkannt, daß durch die rationelleren Arbeitsmethoden eine Erleichterung für den einzelnen Arbeiter geschaffen sei, obwohl die Leistungen im Ergebnis jetzt höher seien.

Nachdem es den Unternehmern möglich war, bei weiteren Ausschreibungen im Laufe des letzten Jahres die Bauhütte mit ihren Angeboten zu unterbieten, war eine Zeitlang Ruhe. In die im Jahre folgenden die Unternehmer aber ganz aus dem Geschäft gerieten zu sein, weil die Bauhütte bei den bisherigen 2 Submisionen die Unternehmer, wenn auch nur um ein geringes, unterboten hat. Während des langen, beschäftigungslosen Winters hat die Geschäftsleitung mit dem Betriebsvorstand am weiteren Ausbau wirtschaftlicher Betriebsmethoden gearbeitet. In ideller Zusammenarbeit mit der Belegschaft und der Geschäftsführung und nach dem Studium der einschlägigen Literatur, wurden die durch die Bauhütte angewendeten Betriebsmethoden durch genaue Versuche auf ihrem Bauhof geprüft. Bei den Submisionen zeigten sich nun die Früchte dieser Winterarbeit. Der Unternehmer Ringel behauptet deshalb nicht nur seine Behauptungen die wirtschaftlich befriedigende Bauhütte, sondern neuerdings versucht er, auch bei Verhandlungen den Vertretern der Arbeiter das schädliche Wirken der Bauhütte vor Augen zu führen. Darüber hinaus versucht er mit allen Mitteln, die in seinen Betrieben beschäftigten Bauarbeiter gegen die Belegschaft der Bauhütte aufzubringen. Um seine Behauptungen über die in der Bauhütte herrschenden Arbeitsmethoden zu beweisen, wurde Herr Ringel zu einer Bauarbeiterversammlung eingeladen. Seine Zeiteinteilung verhinderte ihn aber am Erscheinen. Einige Tage später erklärte er sich, unter Hinzuziehung des Stenotypen der Unternehmerverbände, zu einer Besprechung bereit. Der Vorfall wurde vom Vorstand der Baugesellschaft angenommen. Herr Ringel brachte sich zu seiner Unterfertigung 4 Mann aus seiner Belegschaft mit. Der Geschäftsführer der Bauhütte war leider nicht eingeladen. Die Beweise für seine Behauptungen konnte Ringel aber nicht erbringen; er anerkannte aber die Nützlichkeit des Geschäftsführers der Bauhütte und gab zu, daß ein er-

helllicher Teil der Leistungssteigerung der Belegschaft der Bauhütte zu danken sei. Der Zweck der Besprechung selbst ist jedoch unklar geblieben. Wollte man in gemeinschaftlicher Verhandlung mit der Baugesellschaft etwa die zukünftigen Angebotspreise festlegen oder wollten die Unternehmer verlangen, die Bauhütte mit Hilfe der Baugesellschaft zu untergraben? Die Unternehmer haben wohl gehofft, unter Ausnutzung unserer Bundesämter der Inzern der Bauhütte zu erfahren, um in Zukunft nicht nur mit der Bauhütte konkurrieren, sondern sie auch unterbieten zu können. Erreicht ist zunächst nur eines: Die gesamte Bauarbeiterchaft ist in Aufregung versetzt. Die Firma Ringel hat einen Teil ihrer Belegschaft entlassen mit den Worten: „Gehen Sie zur Bauhütte. Lassen Sie sich dort Arbeit geben.“ Ein Teil der Bauarbeiterchaft soll also von den Unternehmern als Mittel zu dem Zweck benutzt werden, unsere in den Privatbetrieben beschäftigten Kollegen auf die Belegschaft der Bauhütte zu heben und ihre Geschlossenheit zu zerstören. Für solche Zwecke wird sich jeder organisierte Bauarbeiter zu gut halten. Auch die in den Privatbetrieben beschäftigten Kollegen müssen für die Stärkung der Bauhütte arbeiten, damit recht bald die Zeit kommt, wo die gesamte Bauarbeiterchaft in den Bauhütten beschlüsselt werden kann. Auch haben nicht alle Bauarbeiter den gemeinschaftlichen Sinn unserer Bauhütten erkannt. Genaue konnte es nicht bekommen, daß ein Kollege dem Geschäftsführer der Bauhütte Grünberg gegenüber äußert: „Wenn wir gewußt hätten, daß der Kampf der Bauhütten gegen die Privatunternehmer sich so auswirken würde, hätten wir wohl keine Bauhütte gegründet.“

Die Vorgänge in Grünberg zeigen, daß noch viel Aufklärung über die Bauhüttenbewegung geschaffen werden muß. Die Gemeinwirtschaft kann auch nicht ohne Opfer erreicht werden. Die Befürchtung, durch die Bauhütten in ihrem Profit geschädigt zu werden, läßt die Unternehmer vor keinem Mittel zurückweichen, um die Entwicklung der Bauhütten zu hemmen. Wie Grünberg zeigt, werden die Unternehmern sogar versuchen, organisierte Bauarbeiter vor ihren Augen zu spannen. Dazu dürfen sich niemals Bauarbeiter misbrauchen lassen. Der Kampf um die Gemeinwirtschaft und damit der Kampf für die Bauhütten wird erfolgreich sein, wenn die organisierten Bauarbeiter sich zielbewußt hinter die von ihnen selbst gegründeten Bauhütten stellen.

Die „Zwischenlösung“ in der Erwerbslosenfürsorge.

Wir haben eingehend über die Beratungen berichtet, die darauf abzielen, das Berechnungssystem in der Erwerbslosenfürsorge zu ändern. An die Stelle der bisher nach Alter, Ortsgruppen und Wirtschaftszweigen getrennten Unterstufungsstufen sollte eine Einteilung nach Lebensgruppen treten. Bei der Behandlung dieser Frage im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wurde eine genauere rechnerische Unterlage gefordert, um die Auswirkung dieser Systemänderung übersehen zu können. Es soll daher eine über das ganze Reichgebiet ausgedehnte Erhebung durchgeführt werden, um für sämtliche am 6. Juli in Unterfertigung befindlichen Erwerbslosen den früheren Lohn, Alter, Familienstand und Dauer der Erwerbslosigkeit festzustellen. Die Erhebung soll beabsichtigt durchgeführt und bearbeitet werden, um später eine rechnerisch genaue Grundlage für die Beratungen über eine etwaige Systemänderung zu haben. Da die Erhebung und Verarbeitung dieser Statistik sicherlich mindestens 4 Monate in Anspruch nehmen wird, ist vor dem Spätherbst mit der Fortführung der Beratungen über die sogenannte „Zwischenlösung“ nicht zu rechnen. Eine Einführung in den Wintermonaten wird jedoch kaum durchführbar sein, so daß durch den Verzug des Reichstages die endgültige Entscheidung dieser Frage wahrscheinlich bis zum Frühjahr verschoben ist.

Verlängerte Unterfertigungsdauer für erwerbslose Bauarbeiter.

Ende März hatte der Reichsarbeitsminister Gebrauch von dem ihm zustehenden Befugnis gemacht und die Vergütungsdauer für die Erwerbslosenunterfertigung von 20 auf 30 Wochen ausgedehnt. Eine Ausnahme hiervon machten die Erwerbs-

losen in der Landwirtschaft, Gärtnerei, häuslichen Diensten und den Bauberufen samt der Bauhoff erzeugenden Industrie. Da die Voraussetzungen für die Ausnahme der Bau- und Bauhoffindustrie nicht zugefallen haben, hat nun der Reichsarbeitsminister allgemein in die Unterfertigungsdauer auch für die Angehörigen der Bauberufe verlängert. Das ministerielle Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Der Reichsarbeitsminister. Berlin, 9. Juni 1926. IV 7510/26.

An die obersten Landesbehörden für Erwerbslosenfürsorge. Betreffend: Höchstdauer in der Erwerbslosenunterfertigung. Bereits in meinem Rundschreiben vom 12. Mai 1926 — IV 6439/26 — habe ich empfohlen, daß die Vorstehenden der öffentlichen Arbeitsnachweise die Unterfertigungsdauer der erwerbslosen Bauarbeiter nach individueller Prüfung des Einzelfalles um weitere 10 Wochen bis auf 30 Wochen verlängern. — Nunmehr verlängere ich mit Rücksicht auf die Fortdauer der hohen Erwerbslosigkeit gemäß § 18 Absatz 2 der Verordnung über Erwerbslosenunterfertigung vom 16. Februar 1924 (Reichsgesetzblatt I Seite 127) die Unterfertigungsdauer der Arbeitnehmer des Baugewerbes mit seinen Hilfsbetrieben und der Bauhoffherstellung in allen Bezirken, in denen der Baumarft bisher keine wesentliche Besserung gezeigt hat — das wird zur Zeit für zahlreiche Bezirke zutreffen — auf 30 Wochen. Die obersten Landesbehörden oder die von ihnen beauftragten Stellen bezeichnen die Bezirke, für die diese Ausdehnung der Unterfertigungsdauer nicht gilt. Die Befugnis der Vorstehenden der öffentlichen Arbeitsnachweise, die Unterfertigungsdauer im Einzelfalle um 10 Wochen zu verlängern, bleibt unberührt (bezugnehmend auf meine Rundschreiben vom 30. März 1926 IV 5000/26 — Reichsarbeitsblatt Seite 102).

935. Dr. W. Raun.

Im Gegensatz zu meinem Schreiben vom 12. Mai 1926, wo der Reichsarbeitsminister auf die Möglichkeit der Verlängerung der Unterfertigungsdauer nach Rückgang des Einzelfalles hinweist, ein Hinweis, der angesichts der großen Arbeitslosigkeit unzulänglich war, hat also der Reichsarbeitsminister nunmehr die Unterfertigungsdauer auch für unsere Kollegen allgemein verlängert. Die Vermehrungen der Unterfertigungsdauer für die Erwerbslosen weitere Vergünstigungen zu schaffen, sind von Erfolg gewesen. Aufgabe der Arbeitervertreter in den Verwaltungsvorständen der Arbeitsämter ist es, dafür zu sorgen, daß die auch in diesem Schreiben vom Minister angeordnete Möglichkeit der Verlängerung der Unterfertigungsdauer nicht burokratisch eingestellten leitenden Beamten der Arbeitsämter mißbraucht wird. Die Arbeitslosigkeit ist überall anhaltend schwer.

Zur Förderung des Bauarbeiterfortschrittes.

Die Forderung der Bauarbeiter in der letzten Zeit hat die Gewerkschaften veranlaßt, bei dem Reichlichen Wohlfahrtsministerium und Reichsarbeitsministerium auf eine zeitige Neuregelung und Verschärfung der Schutzbestimmungen für die Bauarbeiter zu dringen. Nun sind die Arbeiten der Reichsarbeitsverwaltung zur Aufstellung einheitlicher Bestimmungen über den Bauarbeiterfortschritt für das ganze Reich so gut wie abgeschlossen, so daß nach der Auffassung des Reichsarbeitsministeriums der neue Richtlinienentwurf bald vorgelegt werden kann.

Für die Bauarbeiter will das Wohlfahrtsministerium eine Umfrage darüber vornehmen lassen, wie weit die Städte und Gemeinden dem Ertrag des Wohlfahrtsministeriums vom 14. November 1925 nachkommen sind. Dieser Ertrag stellt die Baupolizeibehörden ausdrücklich hin auf ihre Pflichten, für die Beachtung der Schutzbestimmungen zu sorgen und durch Nachprüfung an Ort und Stelle festzustellen, daß die vorgeschriebenen Sicherheitsvorrichtungen auch wirklich bestehen. Die Behörden werden jetzt nochmals vom dem Ministerium angewiesen, für die genaue Durchführung der Sicherheitsvorschriften auf allen Baustellen zu sorgen. Da das Verbot des „Leber-Hand-mauerns“ nur durch Polizeiverordnung eingeführt werden kann und von verschiedenen Regierungs-

Die Gesolei.

Seit dem 8. Mai dieses Jahres hält in der schönsten, am Rhein gelegenen Stadt Düsseldorf eine Schau ihre Pforten geöffnet, die unter dem Namen „Gesolei“ inwieweit in ganz Deutschland und weit über die deutschen Grenzen hinaus bekanntgeworden ist. Unfern Kollegen ist es natürlich auch kein Geheimnis mehr, was dieser immerhin etwas ungewöhnliche Name bedeutet, daß er die große Ausstellung für Gesundheitspflege, Soziale Fürsorge und Lebensübungen bezeichnet und aus dem Anfangsbuchstaben der drei, den Zweck der Ausstellung umschreibenden Wörter besteht. Die Stadt Düsseldorf hat außer ihren regelmäßigen Kunstausstellungen schon mehrere Ausstellungen größeren Umfangs veranstaltet. Es steht ihr dafür ein Gelände von unbegrenzter Größe und Eigenart zur Verfügung. An den sogenannten Hofgarten, einer prachtvollen öffentlichen Parkanlage anschließend, unmittelbar in der Stadt gelegen, scheint das Gelände eigens für Ausstellungszwecke geschaffen zu sein. Die letzte große Ausstellung hatte Düsseldorf im Jahre 1902. Die hundertjährige Zugehörigkeit der Rheinlande zu Preußen sollte im Jahre 1915 gefeiert werden durch eine Ausstellung „100 Jahre deutsche Kunst und Kultur“. Man arbeitete schon richtig an den Ausstellungsbauten, als der Kriegsausbruch und seine Folgen den ganzen Plan vernichtete. Im Jahre 1924 wählte die Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte auf ihrer Jahresversammlung für 1926 Düsseldorf als Tagungsort. Damit lebte der Plan einer Ausstellung wieder auf. In den Jahren 1924 und 1925 hat das deutsche Volk schwere Schäden an Leib und Seele erlitten. Seilen und Helfen gebietet die Zeit. Deutschland kann die ihm auferlegten Wiedergutmachungsleistungen nur tragen, wenn alle seine Kräfte, vor allem aber die Arbeiterkräfte stark und gesund sind. Und so wurden Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Lebensübungen als die Fundamente für den Wiederaufbau der Volkstatk zu dem Leitgedanken dieser Ausstellung.

Läßt der Besucher die Ausstellungsanlagen von der Rheinbrücke aus, die den Strom am südlichen Ende des

Ausstellungsgeländes in einem hohen, schlanen Bogen überspannt, auf sich wirken, so bietet sich ihm, und ganz besonders dem Mann vom Bau, eine mächtige Reize von Bauten, in neuzeitlicher Bauarbeit und Flachbau, nach einem einheitlichen und straff auf die Zweckbestimmung gerichteten Bauplanen geschaffen. Zweckmäßigkeit bedeutet nicht Rücksichtlosigkeit und Schnurlosgeläch. Das lehrt uns an diesen Ausstellungsbauten die Meisterhaftigkeit des Professors Dr. h. c. Wilhelm Kreis, unter dessen bauphilosophischer Leitung diese Bauten entstanden sind. Das Dekorativere der Schöpfung zeigt sich gerade zu der unbedeutendsten und anderen Architekturformen aufzuführen in dem Glanze von taufend und abertausend Glühlampen, so ist das ein viel prächtigerer und ehrlicherer Schmuck, als die früher vielfach übliche Nachbildung von Brunnenfassaden irgendwelcher Fürstenthümer.

Als erstes zieht ein mächtiger, in totrahmen Ziegeln verbundener Kubelgebäudekomplex die Aufmerksamkeit auf sich; die Dauer gebaut ist. Der Saal, 60 m im Durchmesser, bietet 4000 Besuchern Platz. Die Kubelbede kann der elektrisch betriebene Hebevorrichtung um 4 m erhöht werden und macht dann einen Rundgang frei, der weiteren 1700 Personen Platz bietet. Zur Zeit beherbergt dieser Saalbau das Reichliche Planetarium, ein optisches Kunstwerk, vermittelt dessen der Sternenhimmel an die Kubelbede des Saales gezaubert werden kann. Sämtlich von diesem Gebäude hat die Düsseldorfische Kunstlergasse in einem langgestreckten, ebenfalls für die Dauer errichteten Hause ausgeht. Dann folgt der Neisbau des Düsseldorfischen Kunstpalastes, der eigentliche Kern der Gesolei, der die Abteilung „Der Mensch“ mit seinen Untergruppen beherbergt. Daran schließt sich ein weiterer Saalbau an, worin die Soziale Fürsorge, Tuberkulosefürsorge und ähnliches untergebracht ist. Als Dauergebäude zeigt sich dann, bis an den Rhein vortretend, die Rheinbrücke. Als ein Restaurant und Kaffeehaus an der Rheinpromenade wird sie nach beendet Ausstellung eine hervorragende Bieder der Stadt bilden. Daran reiht sich die schier un-

übersehbare Flucht von Hallen und Bauten an, deren Lebensdauer mit der Ausstellung endet. 17 Bauten zählt der amtliche Katalog auf, darunter 104 Hallen. Unter diesen Bauten wird der 44 m hohe Feuerhochbau durch seine Entscherte als reichhaltiges Gegenstück gegenüber der Wageredichte der übrigen Bauten. In 40 Tagen hat man diesen Delonbau errichtet; ein glänzendes Zeugnis von der Leistungsfähigkeit deutscher Bautechnik und Bauarbeiterkraft. Im Untergeroß des Turmes ist die Brandwand untergebracht. In den Zwischengeschoßen ist Rundfunkgerät und anderes ausgeföhnt und im obersten, 8. Geschoß, hat eine Pressefirma ein multergütiges Kaffeehaus hergerichtet.

Nun die Ausstellung selbst. Unmöglich, alles in einem Bericht auch nur anzudeuten. Das Ausstellungsgelände erstreckt sich über eine Fläche von etwa 3 km Länge und umschließt rund 400 000 qm, wovon die Ausstellungsgebäude fast 20 000 qm einnehmen. Bei dieser Ausdehnung und der Mannigfaltigkeit des zu Schauenden muß der Besucher schon einige Tage daran wenden, wenn er alles einzigermaßen sehen will. Ueber die einzelnen Abteilungen abgerundet zu berichten, würde ein Studium von mindestens 2 Wochen erfordern. Der Berichterstatter hatte nur einen Tag Gelegenheit, die Ausstellung zu durchwandern. Er muß sich deshalb auf die Wiedergabe allgemeiner Eindrücke beschränken.

Nicht weit vom Haupteingang, gleich neben dem Hause Oesterreich — unter anderem auch hier die österreichische Arbeiterkammer einen multergütigen Leberstand über die heimatischen sozialen Einrichtungen — kommt der Besucher ins Jugendländ. Umgeben von grünen Rasenflächen, inmitten schöner Räume, zunächst eine Mutterjugenderherberge mit Säulen, Schlaf- und Lagerzimmern und allen sonstigen Zubehör für Jungen und für Mädchen eingerichtet, vermittelt sie durch Bilder, Modelle wie auch durch Plakate ein Bild von der Ausbreitung des Jugenderbergsweesen. Nach beendet Ausstellung wird das Gebäude eine wirkliche Jugenderberge in der Eifel werden. Daran folgt das Jugendhaus. Auf 600 qm Fläche geben hier die Jugendverbände Zeugnis von ihrer Ergiebigkeit. Der nächste

begreifen wegen der ablehnenden Haltung der Bezirksausschüsse noch nicht durchgeführt ist, werden die Regierungspräsidenten ersucht, sich mit den Bezirksausschüssen wegen des Erlasses...

Gegen die Lebensmittelpreiserhöhung.

In der Nummer 26 des „Grundstein“ haben wir auf die die Lebenshaltung vertuernde Handelspolitik hingewiesen. Gegen diese Politik, die auf eine Begünstigung der agrarischen...

Wetlin, den 16. Juni 1926.

Wetr.: Verlängerung der Zollermäßigungen. Nach dem § 6 des Gesetzes über Zolländerungen vom 17. August 1925 sind für die wichtigsten Lebensmittel...

bau. Zur Verhütung des Absturzes bei der Herstellung mehrgeschossiger Bauten, insbesondere auch zum Schutze der Dacharbeiter ist die Anbringung von Aufhängegerüsten...

Bei Arbeiten an steilen Glasdächern müssen vom Unternehmer stets Fangleinen zur Verfügung gestellt werden, die an den am Kopfe des Glasdaches befindlichen schmiedeeisernen Haken zu befestigen sind. Brüste Fangleine und die anderen Sicherungsmaßnahmen auf Ihre Haltbarkeit! Sehe Deine Leben nicht unnütz aufs Spiel!

Bestimmungen vorzuziehen werden, dann wird sich mancher gesundheitsgefährliche Schaden und mancher Unfall vermeiden lassen. Den Baudelegierten fällt auf diesem Gebiete eine besondere Aufgabe zu.

Aus der sozialen Bauwirtschaft.

Eine erfolgreiche und erfolgreiche Werberarbeit für die „Soziale Bauwirtschaft“ hat die Bauhülfe in Dessau durchgeführt. Vom Betriebsrat wurde in einer am 3. Mai...

Einem schon genannten Planetarium kommt man an der Kunstausstellung vorüber, durch den prachtvoll mit Blumenanpflanzungen und mit einem Felsenbrunnen...

Die Beschäftigung der sozialen Baubetriebe im April. Die sozialen Baubetriebe beschäftigten im Monat April 1926 14 865 Arbeiter und Angestellte. Im Monat März 1926...

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauwerksbund. Feststellungsergebnis vom 7. Juni 1926.

Table with columns: Vorkommend, Ingesamt, Bauhülfe, etc. and rows for various cities like Hamburg, Berlin, etc.

Die Arbeitslosigkeit hat sich gegenüber der Vorwoche nicht wesentlich geändert. Von insgesamt 692 Bauwerkstätten hatten 619 mit 821 924 Mitgliedern betriebl. (In der Vorwoche waren es 612 mit 820 563 Mitgliedern.)...

Streiks und Lohnbewegungen.

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Ziefbauarbeiter: Gesperrt sind Wietze, in Dorna die Bauten des Bergbaulichen Vereins, in Grimmen die Firma Döllinger, Samel, Welle, in Neu-Anupham bei Driesen die Firma C. Waber und Stadthagen.

Das ist ein Säuglingsheim. Aber nicht bloß ein sauberes, schauenswerdig hergerichteter Anstaltswesen, sondern mit wirklichem Leben, voll im Betrieb. 12 Säuglinge werden hier nach allen Regeln neuzeitlicher Hygiene gepflegt.

früheren Kriegen. Leider verringert ein derartiger Nachweis die Willkür nicht um einen Mann, bei denen verfeinerte Mordechnik, Giftgase und ähnliches jede ärztliche Heilkunst von vornherein entbehrlich machte.

ist frei von Drängwasser, von Staubstaub und Geruchgasen. Ohne Gefahr für ihre duftigen Sommerkleider können weibliche Besucher die engen Stollen und Gänge durchwandern.

Wom dem schon genannten Planetarium kommt man an der Kunstausstellung vorüber, durch den prachtvoll mit Blumenanpflanzungen und mit einem Felsenbrunnen...

einem schon genannten Planetarium kommt man an der Kunstausstellung vorüber, durch den prachtvoll mit Blumenanpflanzungen und mit einem Felsenbrunnen...

Rechtigen begehen wir in der Sozialfürsorge. In großzügiger Weise hat der Hauptverband deutscher Krankenkassen die Leistungen der Ortskrankenkassen aufgezogen...

Das Ork. Vom 22. April bis 14. Juni wurde hier getreift, um ein gemaltige Lohnkürzung abzuwehren. Der heftigste Arbeiterkampf, dem auch die Unternehmer von Ork angehören, wollte einen größeren Lohnabschluß vornehmen als das Zentralvertragsgericht für das Frankfurter Gebiet ausgesprochen hat. Die Bauarbeiter in Ork sollten ganz besonders schlecht behandelt werden, indem der Lohn durch einen Schiedsspruch des Lohnamts in Genua für Ork um 8 1/2 für Facharbeiter und für Hilfsarbeiter noch mehr gekürzt werden sollte. Dies konnten wir uns nicht gefallen lassen; wir lehnten den Schiedsspruch deshalb ab und traten in den Streik. Die Arbeitslosigkeit war nicht besonders günstig und die Unternehmer hatten diesmal ganz besonders damit gerechnet, daß wir einen Streik nicht lange ausfallen würden. Sie hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Geschloßener als je, mit einem Opferwillen und einer Kampfesstimmung wie nie, wurde der Kampf geführt. Während des siebenwöchigen Kampfes wurde mehrmals verhandelt, aber kein Ergebnis erzielt. Am haben wir den Lohnabschluß von 8 1/2 je Stunde abgewehrt. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, die seit 1. Okt. 1926, 1,07 M für Facharbeiter besteht und für Hilfsarbeiter seit 82 bis 91 1/2 Stundenlohn. Stärken wir finanziell unsere Organisation und ihre Geschlossenheit, damit sie den Kampf gegen alle Gegner der Arbeiterbewegung führen kann.

**Aus den Bezirksverbänden**

**Bezirksverband Magdeburg. (Bezirksrat.)** Am 6. Juni wurde in Halberstadt ein Bezirksrat für Sachsen-Anhalt abgehalten. Koch, Magdeburg, schiederte im Bericht des Bezirksvorstandes zunächst die Lohnkämpfe nach dem Krieg. Der erste Geldmarktlohn nach der Inflation habe 50 1/2 betragen, gegen 68 1/2 vor dem Krieg. Die vielen Bauanfänge der letzten Zeit sind eine dringende Mahnung, dem Bauarbeiterlohn wieder ein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Am 27. Juni soll deshalb in Halle eine Bauarbeiterkonferenz abgehalten werden. Koch streifte auch die Grenzfrage und bringt zum Ausdruck, daß alle Gebiete, die zu einem Vertragsgebiet gehören, auch zu einem einheitlichen Bezirk zusammengeschlossen werden müßten. Die Mitgliederzahl sei unverständlich, die der Maurer habe sogar zugenommen. Auch die Stellung der Hilfs- und Tiefbauarbeiter im Bunde wurde behandelt. — Darauf hielt Paplow einen Vortrag. Dem gewerkschaftlichen Zusammenhalt ist die Lösung der Lebenshaltung der Arbeiter zu danken. Beim Abschluß von Tarifverträgen spiele die Konjunktur eine große Rolle. Paplow hat dann ein Bild von der Entwicklung des Bundes. Für die bevorstehenden Kämpfe, die durch die Forderung der Unternehmer auf Lohnabschluß entstehen, gab Koch folgende Fingerzeige: Wenn die Unternehmer heute den Löhnen die Schuld an der wirtschaftlichen Not geben, so sei das falsch. In England würden Facharbeiterlöhne von 1,80 M die Stunde gezahlt, während in Deutschland die Zimmerer einen Spitzenlohn von 1,20 M erreichen. Dazu sei die Arbeitszeit länger als bei uns. Mehr geleistet würde, wie Wirtschaftler feststellen, dort auch nicht. Die Unternehmer kommen jetzt mit ihren Forderungen, weil sie dazu die Zeit wegen der Arbeitslosigkeit für günstig halten. Die Bauarbeiter seien aber anderer Meinung. Höhere Löhne und längere Arbeitszeit geben die Garantie für erhöhte Produktivität. Die Unternehmer werden von der Regierung unterstützt. Dagegen müssen wir uns wappnen, besonders durch Werbung neuer Mitglieder. Er forderte zum Schluß zum Beschalten an der bisherigen Lohnpolitik auf. — Ueber Anträge von Halle und Halberstadt ging die Konferenz zur Tagesordnung über. In der Aussprache verteidigte Hellig, Halle, den Verband der Ausgeschlossenen und beantragte ihre Aufnahme. Wenig, e, Merseburg, unterstützte die Ausführungen der beiden Referenten. Jorgowski, Halle, sprach sich gegen die Ungültigkeit der Entscheidung der Schiedsgerichte aus. Paplow erwiderte, daß man es unter den gegenwärtigen Verhältnissen bei den Schiedsgerichten belassen müsse. Völscher, Burg, schiederte Mißstände bei den Tiefbauarbeitern. Koch bittet, ihm die Namen der Jugendobmänner mitzuteilen. Nachdem dann noch Krüger, Zerbst, und Schöber, Halberstadt, die Geltung der Schiedsgerichte kritisierten, wurde der Antrag Hellig abgelehnt. Ueber die Bauhilfenbewegung sprach Lange, Magdeburg. Die Gewerkschaften müßten die Bauhilfen mehr unterstützen. Um die Bauhilfenbewegung zu fördern, wurde folgende Entscheidung angenommen: Im Erkenntnis der Notwendigkeit, die Bauhilfen auszubauen und sie mit bestmöglichen Mitteln auszustatten, sowie zwecks Gründung neuer Betriebe, beschließt die Konferenz, von jeder der beizusteuern 3 1/2 an den Bezirksvorstand abzuführen. Aus diesen Mitteln wird ein Sozialversicherungsfonds gebildet, mit dem sich der Bezirksvorstand an der Errichtung neuer Betriebe oder zur Ausgestaltung der vorhandenen Betriebe beteiligt. Die Abführung des Sozialversicherungsbeitrages soll in jedem Quartal erfolgen. Die Ausgabe an die Betriebe soll zu einem wöchigen Abschlag als Darlehen oder Stammkapital erfolgen. Wenig, e, erinnert an die Aufwertung der eingezahlten Gelder. Jorgowski, Merseburg, kritisiert verschiedenes am Auf- und Ausbau der Bauhilfen. Lange, Magdeburg, erwidert, daß die Gelder in die Bauhilfen gefloßt sind, also nicht mehr auf der Bank liegen. Nach Erledigung einer Anfrage wurden ohne Widerspruch genehmigt: Zum Bezirksvorstand von Koch, Sekretär Gustav Thiele, zu Beisitzern Otto Heinemann, Wilhelm Schulte, Franz Lange, Willi Tette, Paul Wille, Willi Kahlböge und Andreas G. S. Damit sind auch alle Bezirke im Bezirksvorstand vertreten.

**Aus den Baugewerkschaften**

Halle. Am 18. Juni hielt unsere Baugewerkschaft eine Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die vorhergehenden Kollegen Friedrich Bütz, Otto Völscher und Hermann Wittke durch Erben von den Ämtern geset. Darauf sprach Hellig und Jorgowski über den Bezirksrat in Halberstadt. Sie zeigten die dort gefaßten Beschlüsse von Paplow, Koch und Lange und kritisierten scharf die einzelnen Personen, die es

in dieser und jener Frage hätten besser machen müssen. Besonders gefiel Hellig und Jorgowski nicht die Ablehnung des Antrages auf Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen durch den Bundesvorstand. Aus dem Bericht des Bezirksvorstandes haben sie nicht den geringsten Erfolg für die Bauarbeiter feststellen können. Darauf erklärte Stephan das Bestehen der wesentlichen Mißstellungen in der Vertriebsstellung der beiden Vorredner. Als ehrlicher Gewerkschafter müsse er seine Schlüsse auf Grund der allgemeinen Wirtschaftslage und unter Abwägung der Machtverhältnisse zwischen Arbeiterklasse und Unternehmertum ziehen. Er könne nicht den Boden der gar zu deutlich sprechenden Tatsachen verlassen. Unbefriedigt bleibe, daß der Bund in der Lohnpolitik Erfolge erzielt hat und seit der Inflation eine Besserung der Lebenshaltung der Bauarbeiter eingetreten sei. In unserm Bezirk ist der Lohn von 60 1/2 auf 1,03 M je Stunde gestiegen. Befriedigt ist von diesem Lohn auch der Bundesvorstand nicht. In der Aussprache wurde teilweise scharfe Kritik geübt und die Ausführungen von Stephan wurden oft unterbrochen. Die Forderung der durch den Baugewerksbund zu erzielenden Industriearbeiter wurde stark betont. Unter Bundesangelegenheiten schiederte Brauns die Entwicklung seit der Inflation und ging auf die fast noch schärfere werdende Arbeitslage im Baugewerbe ein. Er streifte die Hauszinssteuer, die Lohnpolitik und ergänzte die Mißstellungen Stephan zum Bezirksrat, verweilte bei dem Ausgeschlossenen Thema und ging zu dem bedauerlichen Kapitel von der Bauarbeiterfrage und ihrer Arbeitslosigkeit über. Er gestellte sehr scharf das Misstrauen, die teilweise Durchbrechung des Achtstundentages und die Mißstände im Bauarbeiterlohn und in der Betriebsverteilung. Es scheint bald so, daß das Wort Arbeitervertreter auf die zurückfallen werde, die es so oft in die Reihen der Kollegen hineingeschleudert haben. Ein treffendes Beispiel sei der Fall auf der Baustelle Friedrichs, wo ein obdachlosmüßiger gewählter Bauarbeiter der Arbeiterkolonne Brauns und Genossen im Wege stand. Die Firma Heide hat dies mit einer verloreneren Lage hüten müssen. Scharfe Kritik wurde demnach die Frage der Vermählung; sie fand ihren Ausdruck in einem Antrage, solche Kollegen auszuschließen. Für die Statuten richtete ein Kollege einen Appell an die Versammlung, die Finger von Statuten ablassen zu lassen, weil von den Statuten nur 3 Kollegen in Arbeit stehen. Auf Antrag des Vorstandes wurde beschlossen, den Ausschlußantrag einer demnächst stattfindenden außerordentlichen Mitgliederversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen. Bauarbeiter, befinnt auch eines Besseren! Wecht mit jedem Affekt! Gallet am Achtstundentag fest! Wecht Solidarität! Wecht Bauarbeiter!

**Magdeburg. (Vereinsfallene Unternehmern.)** Vor dem Amtsgericht in Loburg war am 15. Juni für die Orte Loburg, Mäcker, Weiskau und Adelsburg eine Klage anhängig. Die Arbeitslosigkeit im ganzen Kreise ist sehr gering. Die Bauwirtschaft muß fast ganz und auch die Landwirtschaft nicht nichts ausbessern oder bauen. Die Bauunternehmer wollten nur die Zeit ausnützen und den Tariflohn abbauen. Durch Konkurrenzmanöver trieben sie die Preise herunter, nur um Arbeit zu bekommen. Als alle Mittel verfliegen, sollten die Bauarbeiter sich mit geringeren Löhnen abfinden. Der Tariflohn beträgt für diese Orte 88 1/2. Die Unternehmer sahen einen Beschluß auf Abbau des Tariflohnes. Als wir den Klagenweg beschritten, kam ein Unternehmer zur Einsicht, daß es so nicht geht und gabte. Für zwei Unternehmer stand nun Termin an. In der Verhandlung erklärte der Beklagte Weiskau, daß in einer Versammlung in Loburg unter Weiskau, Dr. Kaiser, Schindrus und Unternehmern des Bundes, die Unternehmer beschloßen hätten, nur noch 70 1/2 Stundenlohn zu zahlen. Entgegen der geltenden Vereinbarung! Bei der Klage machte der Vorfallene einen Vergleichsvorschlag, der von beiden Parteien angenommen wurde. Der Beklagte erkennt den vereinbarten Tariflohn an, die Klagen trägt er. Die zweite Klage endete mit demselben Ergebnis. Für die geschiedene Zeit wird also der Tariflohn nachgezahlt. In der Verhandlung machte der Unternehmer seinem Vorgesetzten und erklärte: „Ich erlasse alle meine Leute, wenn ich den Tariflohn bezahlen muß.“ Will er nunmehr seine Arbeiter allein ausführen? Die Bauarbeiter haben die Pflicht, bei dem Konkurrenzkampf der Unternehmer darauf zu achten, daß es nicht auf ihre Kosten geht. Wer sich zum Helfer der Unternehmer macht, gerät die Organisation.

**Neurobe. (Subilarbeiter.)** Vor Kurzem feierte unser Bundesmitglied Julius Michalski sein 25jähriges Mitgliedestilium. Michalski ist einer von denen, die in schweren Zeiten in treuer Pflichterfüllung die Interessen unserer Organisation vertreten. In der Subilarbeiterversammlung hielt Arbeiterleiter Federer die Festansprache und beachtete besonders die Schwierigkeiten, unter denen die alten Kollegen zu kämpfen hatten. Im Auftrag der Baugewerkschaft überreichte der Redner dem Jubilar die Ehrenurkunde und unser Kollege Müller ein Ehrengeld, wobei er noch besonders die Glückwünsche der Baugewerkschaft zum Ausdruck brachte. Mögen die jungen Kollegen sich unsern Jubilar Michalski stets zum Vorbild nehmen, damit auch sie bald den Wert unserer Organisation erkennen!

**Aus den Fachgruppen**

**Aufstaplerer.** Dortmund. Am 5. Juni hielt unsere Fachgruppe eine verhältnismäßig gut besuchte Versammlung ab. Unser Reichsfachgruppenobmann, Kollege Link, Berlin, sprach über: Die Versuche der Unternehmer, die Löhne abzubauen. Er schloß mit den Worten: Wenn wir weitere Verschlechterungen unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen verhindern wollen, dann muß vor allem die Pflicht gegen die Organisation erfüllt werden. Nur die Treue bewahren, die Beiträge regelmäßig entrichten und bei außerordentlichen Verhältnissen auch die Kampfebeiträge pünktlich leisten, muß unser Gebot sein. In der Aussprache sprach zunächst Zier, ein Führer, der länger als ein Jahr seine Löhne gekürzt hatte und sich dann wieder neu aufnehmen ließ. Seine Ausführungen waren insofern so sonus, daß ihn der Vorsitzende, Kollege Singer, wiederholt wegen der Mißverständnisse zur Sache rufen mußte. Dann sprach Kollege Wölff. Er redete von Marx und Engels, von Kämpfen,

von der Dummheit der Masse und von der verfluchten Tarifpolitik. Was er wollte, war nicht zu erfahren. Darauf nahm Link das Wort. Er sprach zunächst gegen Zier. Dem Kollegen Wölff empfahl er, erst Marx und Engels zu lesen, ehe er über sie spricht. Dann sprach noch Kollege Wölff gegen Zier und Wölff. Zier, der nochmals das Wort erbat und dann in der weitesten Weise gegen Link — der inzwischen noch kein abgelehnt war — loszog, bekam die bewundernde Aufmerksamkeit des Kollegen Nicolaus und vom Bezirksleiter Kujmann.

**Glaser.** Am 6. Juni sollte eine Versammlung stattfinden, in der Kollege Link sprechen sollte. Leider war alle Mühe vergebens. Trotz dreimaliger Aufforderung war nicht einmal der Fachgruppenleiter erschienen. Wir werden nun andere Wege einschlagen müssen, um die einst so blühende Verwaltungsjahre der Aufstaplerer wieder in die Höhe zu bringen.

**Berlin.** Am 21. Juni hielt unsere Fachgruppe ihre Monatsversammlung ab. Puffert berichtete über die Monatsversammlung der Baugewerkschaft und stellte fest, daß sich nur 11 % der Mitglieder an der Wahl beteiligt hätten. Die Kollegen verlangen wohl das Mitbestimmungsrecht, mühen es aber nicht aus. Darauf sprach Puffert über die Beschaffung eines Reichstaxivertrages. Durch die große Arbeitslosigkeit ist es in einem Teil größerer und mittlerer und halbwegs gute Arbeitsbedingungen zu erhalten. Einem großen Teil unserer Kollegen sind die Ferien verlorengegangen, Löhne werden willkürlich gekürzt und zum Teil beträgt sogar die Arbeitszeit über 8 Stunden. Heute werden in Orten, die oft nur eine halbe Stunde Wegstrecke von der Großstadt liegen, Löhne gezahlt, die bis zu 30 %, oft noch mehr, unter den Großstadtlöhnen liegen. Die Folge ist: starker Zug nach der Großstadt. Auch für junge Kollegen ist das nächste Ziel die Großstadt. Die Folge ist große, dauernde Arbeitslosigkeit anfanglicher Kollegen. Wir haben selbst bei guter Wirtschaftslage in den Großstädten ständig Arbeitslose, während in kleinen und mittleren Orten offene Löhne und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Weisheit der vertragsschließenden Parteien folgende Unternehmer können nur durch einen verbindlich erklärten Tarifvertrag zur Einhaltung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen gezwungen werden. Weisheit ein Reichstaxivertrag, ist die Möglichkeit einer verbindlichen Erklärung übergeben als für kritische Beträge. Wenn wir einen Reichstaxivertrag zustande, dann werden auch die dahingehenden Kollegen wieder zu uns zurückkehren. In der Aussprache stellten sich die Kollegen auf den Standpunkt, daß es zu keinem Abschluß kommen darf, wenn nicht die Löhne in den Großstädten offengehalten werden. Zum Bezirksrat wurde Kollege Gutjandt mit Entschiedenheit gewählt. Es wurden noch einige Mißstände aus dem Arbeitsnachweis gerügt, die sich aber erst bei besserer Beschäftigung beheben lassen. Arbeitslos sind noch 273 Kollegen. Seit November 1920 ist die Zahl der Arbeitslosen stets zwischen 270 und 280 geblieben. Was soll da aus den Begehren werden, die bei Unternehmern lernen, wo nie ein Gehilfe beschäftigt wird!

**Magdeburg.** In der öffentlichen Glaserversammlung am 12. Juni sprach Max Puffert, Berlin, über „Jugend und Ziele der Gewerkschaften“. In der Aussprache wurde auch die Frage des Reichstaxivertrages behandelt, wobei sich die Kollegen für Abschluß eines solchen erklärten. Zwei Kollegen meldeten sich zur Aufnahme in den Baugewerksbund. Leider ist auch hier noch schlechter Beschäftigung, wodurch eine Anzahl Kollegen arbeitslos ist, darunter auch etliche Inorganisierte. Mögen diese bald zu der Erkenntnis kommen, daß der Arbeiter nur in seiner Gewerkschaft eine Hilfe hat.

**Quedlinburg.** Am 7. Juni ist plötzlich und unerwartet unser Obmann Rudolf Klein im Alter von 60 Jahren gestorben. Gegen Willernacht lagte er über Mitem. Seine Frau folgte ihm ein Glas Wasser; bei ihrer Mittelfe aus der Hand war er aber bereits verstorben. Wir verlieren in unserm Rudel einen treuen, pflichterfüllten Kollegen und werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

**Jollerer.**

**Reichsfachgruppen der Jollerer.** Am 18. Juni lagte in Hannover die Reichsfachgruppen der Jollerer. Inmehrfachen waren 15 Abgeordnete sowie Obenthal vom Bundesvorstand, Kujmann vom Bezirk Dortmund und Hellig von der Baugewerkschaft Hamburg. Einleitend leitete Obenthal mit, daß die Mitgliederzahl der Fachgruppe seit der letzten Reichsfachgruppenversammlung gestiegen sei, und zwar von 1269 auf 1416. Darauf gab er einen Überblick über die abgelaufenen Vertragskämpfe und hob besonders den langen und hartnäckigen Kampf hervor, der notwendig war, um die Auslösung von 4 auf 6 M zu erhöhen. Sodann geht Obenthal auf die Änderungsanträge zum Reichstaxivertrag ein und erklärt, daß eine ganze Reihe der Anträge unangebracht seien. Man dürfe aber als feststehend annehmen, daß kein Vertrag zustande komme, wenn die Unternehmer eine Verlängerung der Arbeitszeit durchsetzen wollten. Bezüglich der Erhöhung der Erwerbsnachschüsse sollen sich die Kollegen aber keine großen Hoffnungen machen. Für Arbeiten mit Glas- und Schindensoln würde wohl ein Zuschlag erreicht werden. In der Ferienfrage aber würden sich wohl starke Gegenkräfte ergeben, wenn die Unternehmer überall versuchen, die Ferien abzubauen. Grundsätzlich der Arbeiter steht kollektive Weisheit auf dem Standpunkt, daß dort, wo im gemeinsamen Afford gearbeitet wird, ein Affordtarif abgeschlossen werden soll. In der Aussprache begründeten die einzelnen Abgeordneten ihre Anträge und gaben Bericht über ihre örtlichen Fachgruppen. In einer Reihe von Bezirken ist die Arbeitsmöglichkeit zur Zeit nicht gut. Die Organisationsverhältnisse sind aber in den meisten Bezirken gut; sehr gut sind sie in den Bezirken Dortmund und Bremen, aber schlecht steht es in den Bezirken Breslau, Köln und Dresden. Trotzdem in einigen Bezirken heimlich in Afford gearbeitet wird, wird durchweg die Affordarbeit abgelehnt. Im Bezirk Dortmund ist ein Affordtarif abgeschlossen worden, aber die Unternehmer legen jetzt keinen großen Wert mehr auf seine Durchführung; sie lassen in Lohn arbeiten. In die Verhandlungskommission wurden die Kollegen Lange,

Berlin, Brinse, Leipzig, Kadenbros, Dortmund und Bappert, Ludwigschaf, genäht. Darauf berichtet Schröder, Hamburg, über einen Streit, der zwischen der Fachgruppe der Holzerer und der Baugewerkschaft Hamburg ausgebrochen ist. Der Arbeitsnachweis, der schon seit 20 Jahren in den Händen der Holzerer sei, soll ihnen genommen und dem allgemeinen Arbeitsamt angeschlossen werden. Er spricht die Vermutung aus, daß dabei der Vorstand der Hamburger Baugewerkschaft seine Hände im Spiele gehabt habe und die Wegnahme des Nachweises mit seinem Einverständnis geschehen sei. Hierdurch seien etwa 30 Kollegen arbeitslos geworden, der Vorstand aber verweigert diesen Kollegen die Unterstützung. Kollege A. P. B., Hamburg, stellt demgegenüber fest: Der Arbeitsnachweis der Holzerer befand sich in einer Wirtschaft, was gesetzlich nicht zulässig ist. Außerdem ist es in letzter Zeit verschiedentlich zu Inanspruchnahmen gekommen, so daß schließlich die Unternehmer den Anschlag an das Arbeitsamt verlangten. Er schildert das Schreiben einiger Holzerer gegen den Anschlag und kommt zu dem Schluß, daß einige Querulanten die Differenzen zwischen den Holzerern und dem Vorstand der Baugewerkschaft beunruhigt haben. Auch Oberstall beurtteilt ganz entschieden das Vorgehen der Hamburger Holzerer. Nachdem hierzu noch einige Kollegen gesprochen hatten, wurde folgende Entscheidung einstimmig angenommen: „Zu den Differenzen zwischen der Fachgruppe der Holzerer und der Baugewerkschaft Hamburg empfiehlt die Reichsföderation der Holzerer: Die Fachgruppe in Hamburg hat sowohl im eigenen Interesse wie in dem der gesamten Organisation, ihren Facharbeitsnachweis dem öffentlichen Arbeitsnachweis anzugliedern. Die Baugewerkschaft Hamburg soll ihren ganzen Einfluß geltend machen, daß keinem Holzerer oder Helfer durch den Nachweis Arbeit zugewiesen wird, für die ein geringerer Lohn gezahlt werden soll als tariflich einem Holzerer oder Helfer zusteht.“ Kollege Oberstall richtete dann in einem Schlüsselwort einige anfeuernde Worte an die Vertreter und Kollegen und schloß die Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Baugewerksbund.

Berlin. Am 17. Juni fand unsere Mitgliederversammlung statt. Zunächst wurde der Bericht vom Reichsfachgruppenrat erstattet. Im Anschluß daran berichtete Kollege Lange über die Verhandlungen mit den Unternehmern um den Reichstarifvertrag. Die Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen, weil die Unternehmer nicht nur jede Verbesserung schroff ablehnten, sondern an ihren Beschäftigtenansprüchen festhielten: Lohnabbau, Arbeitszeitverlängerung, Anwartschaft nach freier Vereinbarung, Streikung der meisten Zuschläge, Abschaffung der Neben- und Zuschläge sowie Verzicht auf die Ferien. Unsere Verhandlungskommission machte deshalb den Vorschlag, den alten Reichstarif auf ein Jahr zu verlängern. Die Unternehmer lehnten auch dies ab. Immer noch fordern sie einen Lohnabbau von 10 %. Die Unternehmer glauben, die Zeit sei jetzt gekommen, um die Holzerer auf die Knie zu zwingen und geignigt zu machen. In der Diskussion erklärte sich alle Neben- und Zuschläge beizubehalten und dem Vorgehen der Verhandlungskommission einverstanden. Ein Antrag in diesem Sinne wurde einstimmig angenommen. Lange erwähnte zum Schluß die Kameraden, am 1. Juli recht nachham zu sein. Wo die Unternehmer Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchsetzen wollen, ist dies sofort der Organisationsleitung zu melden.

Mannheim-Ludwigschaf. Ein Opfer seines Berufs wurde am 16. Juni unser Kollege Ludwig Dieffenbach, Hilfsmeister der Holzerer in der Ludwigschaf. Durch die Explosion einer Leitung eines Hochdruckbehälters wurde er so schwer verbrannt, daß er noch in derselben Nacht seinen Wunden erlegen ist. Der Unglücksfall zeigt, mit welchen Gefahren die Ausführung von Holzarbeiten in der chemischen Industrie und dort, wo mit Hochdruck gearbeitet wird, verbunden ist. Mit Ludwig Dieffenbach, der zwar nicht mehr aktiv als Holzerer tätig war, verlieren wir einen guten Bundes- und Arbeitskollegen. Stets stand er uns mit Rat und Tat treu zur Seite. Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren.

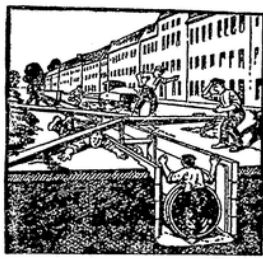
Stukkateure und Pußer.

Niederericht von der am 18. April 1926 in Leipzig abgehaltenen Reichskonferenz. Dieser Niederericht befindet sich zur Zeit im Druck. Sie enthält einen ausführlichen Verhandlungsbericht, sowie in dem Mecklenburger Reichsgewerkschaftsverbandes einen Nachtrag auf den Weg, der zu dem Entwurf eines Reichstarifvertrages für das Einzelgewerbe geführt hat. In einem Anhang ist die abschließende Stellungnahme der Unternehmer mitgeteilt. Die Schrift, voraussichtlich 48 Seiten stark, wird an die Bundesmitglieder zum Preise von 15  $\mathcal{M}$ . abgegeben. Die Baugewerkschaftsvorstände erhalten sie für ihre Mitglieder kostenlos. Unsere Kollegen werden ersucht, sich sofort eine Niederericht bei ihrem Baugewerkschaftsvorstand zu bestellen.

Köpper und Fliesenleger.

Lohnbesitz. Nach langwierigen Verhandlungen und nach einer tariflosen Zeit von 10 Wochen ist nun endlich für die Köpper ein Tarifabschluss zustandegebracht worden. Der neue Tarifvertrag ist aufgebaut auf die Salzlagelohnordnung und tritt mit folgendem Inhalt am 21. Juni 1926 in Kraft. Der Affordarsatz lagert 88 % bei einem Stundenlohn von 1,20  $\mathcal{M}$ . Bis zu einer anderweitigen Regelung wird die Fliesenarbeit nach dem Stundenlohn von 1,20  $\mathcal{M}$ . die Fliesenarbeiten werden nach dem Fliesenlohn von 1,20  $\mathcal{M}$ . ausgeführt. Punkt 4 (Seite 12) des Hamburger Tarifvertrages fällt fort. — Die Verhandlungen haben sich mitunter recht schwierig gestaltet. Das liegt nicht zum mindesten an einem Keil der Kollegen selbst, der durch seine Affordarsücker immer wieder Veranlassung gab, die Affordarspreise zu drücken. Die Kollegen sollten sich in Zukunft möglichen, damit die arbeitssüchtigen Kollegen auch zu Verdienst kommen. Es ist der Wunsch laut geworden, eine Provinzialvereinbarung aller Kollegen der Provinz stattfinden zu lassen. Wenn genügend Zustimmung gesichert ist, soll die Vereinbarung in der nächsten Zeit nach Kiel einberufen werden. Die Kosten müssen die

Unfallverhütungsbild der Ziesbau-Berufsgenossenschaft Falsch



Dreißbücke gegen ausrutschen sichern!

Kollegen selbst tragen. — Die neuen Tarife können vom Obmann der Lohnkommission, Kollegen A. Hrens, Kiel, Gollenauner Straße 108, bezogen werden. Winterwale. Am 10. Juni weilte hier Kollege E. M. N. Berlin, in einer Schlichtungssache. Anstehend daran fand eine Fachgruppenversammlung der Köpper statt, in der über den Reichsarbeiterverband sprach. Ausgehend von der Entziehung der Gewerkschaften und des Deutschen Baugewerksbundes, zeigte uns der Vortragende, wie sich die Gewerkschaften aus den Zünften heraus zur achtunggebührenden Macht entwickelt haben. Einen breiten Raum nahm in seinen Ausführungen die Entwicklung der Verbände von der totalen zur zentralen Organisationsform ein. In kurzen Worten schilderte darüber der Redner unseren früheren Berufsverband und das Wirken des Deutschen Baugewerksbundes in der Arbeiterbewegung und legte in verständlicher Weise den Eilmannschaftsentwurf über die Strukturverbände sowie die Stellungnahme unserer Bundesleitung dar. In der Aussprache traten die Kollegen für das gelöste Verbleiben der Köpper im Deutschen Baugewerksbund ein. Sie können es nicht verstehen, daß Berufslogen auseinandergerissen werden sollen. Es erwiderte ihre Zukunft im Deutschen Baugewerksbund, der als einzige Organisation tatsächlich die Sozialisierung anstrebt. Wir werden mit allen Mitteln dafür eintreten, daß die Köpper gelöst aus der Gruppe im Bunde verbleiben. Die Verammlung erhebt einstimmig Protest gegen die Angleichung an den Hexenarbeiterverband. Jeder Kollege soll seine Pflicht tun und dafür eintreten, daß unsere Fachgruppe ungeteilt im Baugewerksbund bestehen bleibt.

Barmen. (Richtigstellung.) Die Vereinbarung für die Fliesenleger lautet: 1. Der Arbeits- und Affordarsatz wird über den 15. Juni 1926 hinaus verlängert mit der Maßgabe, daß er spätestens am 21. Dezember 1926 mit einer jährlichen Preiskorrektur von 3 Monaten zum Vierteljahres- und zum Halbjahresabschluss geltend gemacht werden kann. 2. Ab 1. Juli 1926 werden sämtliche Affordarsätze um 3 % gekürzt. 3. Durch diese Vereinbarung ist der Satz 2 des § 4 im Arbeitsvertrag aufgehoben. 4. Der Streit ist sofort aufzuheben. Maßregelungen sinden beiderseits nicht stat. Köln. Der Streit der Fliesenleger ist durch Schiedsspruch beendet worden. Der Manteltarif tritt sofort wieder in Kraft, die Ferienordnung wird im Prinzip der Warmer Regelung angepaßt. Der Lohn- und Affordarsatz gilt unverändert bis zum 1. Juli 1926. Von diesem Tage an werden die Affordarsätze um 3 % ermäßigt. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks dürfen nicht vorgenommen werden, das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen. Warte- und Lohnsatz sowie die Ferienordnung können erstmalig mit dreimonatiger Frist zum 31. März 1927 gekündigt werden. Im Falle der Rückbindung gelten Manteltarif und Ferienordnung ein weiteres Jahr und der Lohnsatz ein halbes Jahr weiter. Die Arbeit wurde am 21. Juni wieder aufgenommen. München-Gladbach. (Fliesenleger.) Vor dem Schlichtungsausschuß wurde mit den Unternehmern des rheinischen Mattengewerbes, Ortsgruppe München-Gladbach, nachfolgende Vereinbarung getroffen: Das bisherige Lohnabkommen tritt sofort wieder in Kraft, ebenso der Manteltarif mit folgender Maßgabe: Die Bestimmungen über Ferien fallen fort. Das Lohnabkommen läuft auf unbestimmte Zeit und kann monatlich gekündigt werden; erstmalig zum 28. Februar 1927. Diese Kündigungssatz gilt auch für den Mantelvertrag. Die Arbeit ist sofort wieder aufzunehmen. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks dürfen nicht stattfinden. Zu dem Lohngebiet gehören die Orte München-Gladbach, Wehd, Biersen, Dülfen, Gredendrois.

Vom Bau

München. Für die Volkshausstätte Planeg werden gegenwärtig größere Warten errichtet. Einige Arbeiter sind dem Unternehmer Gumm übertragen. Der Bruder dieses Unternehmers August Gumm ist dort als sogenannter Bauleiter tätig. Seine Haupttätigkeit besteht aber

in wilder Antirebererei und Schikanierung der Arbeiter. Von der Baugesellschaft ist wiederholt zum Ausdruck gebracht worden, daß durch diese Antirebererei einmal ein größerer Unfall hätte verhindert werden können, wenn nicht alle diese Ermahnungen und Beschränkungen wurden von Gumm mit nichtsnutzigen Bemerkungen abgelehnt. So nahm das Unglück seinen Lauf und fast waren ihm einige Familienäter zum Opfer gefallen. Am 4. Juni stürzte das von Gumm selbst erbaute Gerüst zusammen. Das Unglück hätte vermieden werden können; aber Herr Gumm hinderte einen Kollegen daran, das Gerüst nach ordnungsmäßig zu verbolzen und zu sichern. Bei dem Einsturz kamen vier Kollegen mit mehr oder weniger schweren Verletzungen davon. Dem Vorsitzenden der Bauarbeitergewerkschaftskommission München gegenüber äußerte sich dieser gemauerte Unternehmer: „Ja, was ist denn dabei, da bin ich schon öfter höher heruntergefallen“. Es wäre eine dankbare Aufgabe des Staatsanwalts, dem Herrn bereischaft zu machen, daß August Gumm mit seinen Knochen wohl treuen kann, was er will, daß er aber als Bauleiter für Leben und Gesundheit der Bauarbeiter Sorge zu tragen hat. Das Unglück ist diesmal noch ohne tödliche Folgen vorübergegangen. Einige der Verletzten sind aber einige Wochen an das Krankenlager gefesselt, wodurch Not und Entbehrung in der Familie herrscht. Darüber entschließen aber bei Herrn Gumm keine Bedenken. Aufgabe der Kollegen ist es, solche mit dem Leben und der Gesundheit der Bauarbeiter spielende, großen Unruhe treibende Bauleiter abzuwehren und unmöglich zu machen. Die Bayerische Bauarbeitergewerkschaft steht mit den Unfallgefallenen an erster Stelle. Was dies bedeutet, kann jeder vernünftige Mensch ermessen. In der großen Zahl der Unfälle fragen in erster Linie die verantwortlichen Stellen, die Regierung, das Reichsamt und so weiter die Schuld. Sie sind es, die sich im Einvernehmen mit den Unternehmern gegen die Anstellung von Bauleitern aus den Reihen der Arbeiterkräfte sträuben. Eindeutlich muß den Bauleitern gegenüber werden: Was ist auf den Bauarbeiter, heißt an eure Familien, laßt euch nicht von raffigieren Unternehmern zu leibhaftigen Verurteilten berufen, sondern erhaltet sichere Gerüste und sorgt für eine Arbeitsweise, die euer Leben und eure Gesundheit schützt.

Internationale Bauarbeiterbewegung

Schweiz. Im Gipsergewerbe in Luzern ist ein erster Konflikt ausgebrochen. Vor Zuzug wird gewarnt Bau- und Holzarbeiterverband der Schweiz.

Allgemeine Rundschau

Das Ergebnis des Volkstages. Leider haben die Bestimmungen, die heißt die Leute, die den deutschen Reich immer noch als solchen empfinden, Recht behalten. Die nötigen rund 20 Millionen Ja-Stimmen sind nicht aufgebracht worden, und Hindenburg sowie die Reichsregierung brauchen sich um die Gesetzgebung des dem Entschieden des Volkstages unterlegenen Gesetzentwurfes nicht ihre wertigen Köpfe zu zerbrechen. Das Volk hat sich nicht „gegen Moral und Recht“ vergangen, es hat nicht an den „Grundfesten des Reichstaates“ gerüttelt. Nein, das hat es nicht getan. Der Staat steht noch und auch die Regierungsjahres in der Bekräftigung. Mit der angebotenen „Staats- und Präsidentenliste“ ist es nun nichts. Nicht das Recht, sondern Reichs hat „gestimmt“. Rund 14 1/2 Millionen haben sich mit ihrer Ja-Stimme gegen die früheren Fürsten, für die entscheidungsgewaltige Entscheidung ausgesprochen. Rund eine halbe Million haben für die Fürsten gestimmt und die anderen Millionen haben überhaupt nichts gesagt. Das heißt: Sie durften zu einem großen Teil nichts sagen, weil über sie das Damoklesschwert wirtschaftlicher Vernichtung schwebte, das in dem Augenblick auf sie niederzufallen, wo sie zur Abstimmung gehen würden. So hatten es die Deutschnationalen den Landarbeitern und Kleinhandwerkern und den übrigen ärmlichen und Kleinbürgerlichen Christen angedroht. Also blieben sie zu Hause. Der Terror der Reichsbrutalisten, für die es keinen Staatsanwalt in Deutschland gibt, gelang sie zum Schweigen. Ein anderer Teil schweigend, ohne zu sagen. Alle diese Gleichgültigen und die Unterdrückten werden nun von den Fürstendienen als Gegner der Woffnung gepieselt. Das ist die erste große Dage nach dem 20. Juni 1925. Wir haben von Doorn aber nimmt Gleichgültigkeit entgegen und weiß nicht in seinem ihm angebotenen Mangel an politischer Urteilsfähigkeit, daß, unter dem politischen Gesichtswinkel gesehen, seine Sache, die Restauration der Monarchie, keine Fortschritt gemacht hat. Von denen, die in Deutschland überhaupt auf politischen Dingen Stellung nehmen, ist die Mehrheit gegen ihn und seinesgleichen. Das wird klar, wenn man die Zahlen, mit denen Hindenburg zum Präsidenten gewählt worden ist, den Ja-Stimmen des Volkstages gegenüberstellt. Hindenburg erhielt 14,6 Millionen, der republikanische Kandidat bekam 13,7 Millionen Stimmen. Trotzdem das Zentrum nicht einmal die Zustimmung zum Volkstages freigeab, die Demokraten der Reichspartei sich nicht für die Ja-Parole erklärten, sind beim Volkstages noch dreizehn Millionen Stimmen mehr aufgebracht worden als für den republikanischen Kandidaten bei der Reichspräsidentenwahl. Trotz des ungeschickten Terror der Reichsgeheimen sind beim Volkstages dennoch Stimmen gegen die Fürsten aufgebracht worden, wie viel Papa Hindenburg im Jahre 1925. Aufgabe aller Republikaner und ihrer parlamentarischen Vertretung ist es, diesen politischen Gehirnen des Volkstages für die Republik auszuwerten.

Die Sozialität der Industrie mit den Fürsten. In dem Kampfe um die Fürstentumgebung glaubte auch die Industrie aktiv eingreifen zu müssen. Der Vorsitzende des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände, Ernst von Borlig, hat am 5. Juni 1926 ein Rundschreiben an die Unternehmer erlassen, durch das viele aufgebracht wurden, je Kopf der beschäftigten Arbeiter mindestens 20  $\mathcal{M}$  an eine gemeinsame Kasse anzuzuführen. Der deutschen Industrie soll es bekanntlich sehr schmerzhaft sein. Wie man sieht, hat sie immer noch Ged. wenn es gilt, sich vor die Geldgrube der Fürsten zu stellen. Auch hierdurch wird wieder klar bewiesen, daß von den feudalen Fürsten bis zum letzten Unterdrückten der Klassenstandart entfällt, wenn das heilige Sakrament des bürgerlichen Staates, das Eigentum, verteidigt werden soll.





## Wohnung der Neuzeit.

Der Deutsche Werkbund hat der Stadt Stuttgart vorgeklagt, einen Teil ihrer Bauvorhaben unter besonderen Gesichtspunkten durchzuführen. Er geht dabei von folgenden aus: Da heute die wirtschaftlichen Verhältnisse jede Verschönerung verbieten und die Erzielung großer Wirkungen mit den kleinsten Mitteln erforderlich, soll dieses Prinzip auch beim Wohnungsbau angewendet werden. Für den Bau von Wohnungen die für den Wohnbetrieb selbst sollen nur solche Materialien und technische Einrichtungen Verwendung finden, die auf eine Vereinfachung der Wohnungsbauarbeiten und des Wohnbetriebes sowie auf eine Vereinfachung der Hauswirtschaft und eine Verbesserung des Wohnens selbst abzielen.

Die letzten Jahre haben uns manche neue Methoden und Möglichkeiten für rationelles Bauen und Wohnen gezeigt. Leider ist aber bis heute noch keine Gelegenheit ergriffen worden, um diese für die Entwicklung unseres Wohnwesens so bedeutenden Ergebnisse in ihren höchsten Leistungen durch die Erstellung einer Baugruppen zusammenzufassen und damit der Allgemeinheit in vorbildlicher Weise vor Augen zu führen, welche Förderung unsere Wohnkultur dadurch erfährt, daß die technischen, hygienischen und ästhetischen Forderungen unserer Zeit in bestmöglicher Weise an einer Gruppe von Wohnbauten verwirklicht werden.

Die Gelegenheit zur Durchführung einer solchen Aufgabe bietet das Wohnungsbauprogramm der Stadt Stuttgart. Aus diesem Programm könnte ein Teil herausgeschnitten und im Sinne der dargelegten Gesichtspunkte als in sich geschlossene Baugruppe vorbildlicher Wohnungen durch die Stadt durchgeführt werden, die nach ihrer Fertigstellung im Jahre 1927 der gesamten Fachwelt zum Studium und der Allgemeinheit zur Belehrung und Weiterbildung für kurze Zeit als Ausstellung zugänglich gemacht werden könnte.

Es handelt sich dabei etwa nicht um die Erstellung von „Ausstellungshäusern“ oder „Baugruppen“, sondern es sollen Wohnhäuser geschaffen werden, die für Familien in kleineren oder mittleren Verhältnissen bestimmt sind und diesen nach Schluß der Ausstellung zum dauernden Wohnen übergeben werden. Dabei ist an die Erstellung mehrstöckiger Mietshäuser und einiger reiner Siedlungstypen gedacht, die — teilweise auch für Ferienaufenthalte geeignet — als muster-gültige beispielhafte Lösungen auch an anderen Orten in billiger Wasseranführung hergestellt werden können.

Der Deutsche Werkbund weist nachdrücklich darauf hin, daß einer so wichtigen Aufgabe der Erfolg und die große Auswirkung nur dann beschieden sein kann, wenn sie nicht nur technisch einwandfrei durchgeführt, sondern auch nach der architektonischen Seite hin stark richtungweisende Lösungen schafft.

Sein Vorhaben an die Stadt Stuttgart geht deshalb dahin, führende Baufachleute mit der Planung zu betrauen. Da gerade vom Bau die höchsten und lebendigsten Anregungen auf das künstlerische Schaffen unserer Zeit ausgehen, so wird die geplante Siedlung übergrößen — einen besonderen Anziehungspunkt bilden. Durch die Wohnungsbaubauten allein kann natürlich ein umfassendes Bild der auf technischem, hygienischem und künstlerischem Gebiet vorhandenen Möglichkeiten nicht gegeben werden. Deshalb soll falls die einschlägige Industrie es wünscht, in den bereits vorhandenen städtischen Ausstellungshallen Stuttgarts noch ein ergänzender Leberbüch über die mit dem Programm zusammenhängenden Gebiete gegeben werden, wie technische Einrichtungen, Mobilien, Tapeten, Fußbodenbelag usw. Dazu soll eine internationale Schau von Photographien, Plänen und Modellen neuerlicher Wohnbauten kommen. Alle diese Gruppen sollen nicht etwa im Sinne einer Baumeisse, sondern unter dem Gesichtspunkt der Wertauslese vorgeführt werden.

Die Stadtverwaltung Stuttgart hat den Plänen des Deutschen Werkbundes volles Verständnis entgegengebracht. Der Stuttgarter Gemeinderat seine prinzipielle Zustimmung gegeben. Damit ist für Stuttgart die Veranstaltung dieses neuen Wechsels Unternehmens für das Jahr 1927 gesichert. Möge dabei bestmögliche, was man sich davon be-  
spricht!

## Wasser- und feuerbeständige Baukörper aus Pappe.

Von Friedrich Guth, Architekt.

Pappe und Wellpappe finden nicht erst seit heute und gestern in der Bautechnik Verwendung, doch sind in der letzten Zeit manche Verfahren patentiert worden, die das Anwendungsgebiet der Pappe ausserordentlich erweitert. Am bekanntesten sind die gewellten Dach- und Spaltplatten, die als Isoliermittel gegen Feuchtigkeit, Kälte und Wärme Anwendung finden. Man war nun in letzter Zeit sehr bemüht, derartige Baukörper nicht nur wasser-, sondern auch feuerbeständig zu machen. Nach einem derartigen Verfahren werden Holzpappe zunächst mit einer erhartenden Masse, zum Beispiel Paraffin, durch Wasser und Aluminiumsilicate, behandelt, darauf mit einer wasserbeständigen Masse, zum Beispiel Paraffin, Wachs, Bitumen, Pech oder anderen Kohlenwasserstoffverbindungen, überzogen. Als Ausgangsmaterial verwendet man gemelte oder gefaltete Pappe, die in mehreren Lagen aufeinandergebracht wird. Diese feuer- und wasserbeständigen Baukörper sollen sich durch großes Isoliervermögen gegen Wärme- und Schallübertragung auszeichnen. Nach einem neuerdings patentierten Verfahren desselben Erfinders wird das Holzmaterial mit einer Emulsion von Kohlenwasserstoff getränkt, und zwar unter Verwendung von solchen Emulgierungsmitteln, die die feuerbeständige Zeit der Pappn herbeiführen. Man hat zwar schon früher feuerbeständige Pappn mit einer beim Trocknen erhartenden feuerbeständigen Masse und sodann mit einer andern Masse behandelt, die die Pappkörper wasserbeständig macht. Aber hier handelt es sich darum, beide Vorgänge in ein einziges Arbeitsverfahren zusammenzufassen, also die Baukörper mit einer Emulsion von Kohlenwasserstoff zu be-

handeln, die beide Wirkungen gleichzeitig hervorbringt. Trotz der auf diese Weise ermöglichten Ersparnis soll man auf diesem Wege Isolierkörper erhalten, die neben Feuersicherheit und Formbeständigkeit auch Wärme-, Feuer- und Wasserbeständigkeit aufweisen und sich durch gute Isolierung gegen Wärme- und Schallübertragung auszeichnen.

Aber nicht nur für Isolierzwecke werden Baukörper aus Pappe und Wellpappe gefertigt, sondern auch für Wand- und Deckenkonstruktionen, nämlich auch für provisorische Bauten und Baracken. Man hat zu diesem Zwecke zum Beispiel mehrere Papplagen durch Verleimen verbunden und die Platten dann geist oder mit einem Lackanstrich versehen. Diese Platten besitzen aber nicht ausreichende Widerstandsfähigkeit gegen mechanische Angriffe. Nach D.M.P. 388 494 werden die Pappe- oder Papertafeln in einem Leinwand unter Druck behandelt, dann langsam an der Luft getrocknet und schließlich zusammengeleimt. Durch die besondere Art der Behandlung im Leinwand bei 20 bis 25 Grad Celsius wird eine gleichmäßige Verteilung und Durchdringung der Flüssigkeit innerhalb der ganzen Pappe erreicht sowie ein völliger Verschluß aller Poren, so daß ein homogenes, ägertrockenes, hinlänglich widerstandsfähiges Ergebnis entsteht. Um recht harte und steife Papptafeln zu erhalten, pflegt man bei der Leimung gebräuchliches Harzsublimat Wasserzugesatz in geringen Mengen zuzugeben. Nach einem patentierten Verfahren des Diplom-Ingenieurs Nikolaus Sandor in Dresden wird bei der Herstellung der Pappe Wasserzugesatz in größeren Mengen zugegeben, und zwar 10% auf das Gewicht des Pappenstoffes. Die Menge des Holzstoffes wird bei der großen Wassermenge entsprechend proportional herabgesetzt, so daß man eine Pappe mit wesentlich anderem Charakter erhält. Sie ist nicht nur weit fester und steifer als die Pappe, für die bisher an Stelle des Harzes ein wenig Wasserzugesatz zugegeben wurde, sondern auch nicht wasserdurchlässig und sehr feuerfester; sie besitzt aber andererseits auch die Vorteile der gewöhnlichen Pappe, und sie läßt sich in derselben Weise wie diese verarbeiten. Dieses Verfahren kann insbesondere in der Weise ausgeführt werden, daß zwei oder mehrere Papplagen miteinander verbleit werden und als Klebemittel Wasserzugesatz verwendet wird. Es kann bei der Herstellung des neuen Verfahrens verhältnismäßig poröse Pappe verwendet werden, um die Menge des aufzunehmenden Wasserzugesatzes zu erhöhen. Beim Zusammenleimen zum Beispiel von drei Papplagen kann die mittlere Lage durchlässiger als die äußeren sein. So dient die mittlere Lage gleichsam als Träger der großen Wassermengen. Das Wasserzugesatz kann entweder auf die zu verbleitenden Flächen aufgetragen werden oder die Papplagen können durch ein Wasserzugesatz hindurchgeführt und so durchtränkt werden. Uebrigens kann das Wasserzugesatz auch der Holzstoffmenge in der Papiermaschine zugegeben werden.

Diese innerhalt ganz kurzer Frist erteilten Patente beweisen, daß sich mehrere Erfinder sehr eifrig mit diesem Gegenstand beschäftigt. Das dürfte dazu führen, Pappe weit mehr als bisher für mannigfache Bauzwecke zu verwenden; denn es handelt sich hier um einen sehr leichten Stoff, der sich ohne besondere Schwierigkeit in den mannigfachen Bauweisen eines Bauwerks einbauen läßt, so daß es für mannigfache Baupurposes ein ausfallschickes Material hat. So kommt es nur noch darauf an, ihm die nötige Widerstandsfähigkeit gegen die Einwirkung der Feuchtigkeit (aufsteigendes Grundwasser usw.) und die nötige Feuerfestigkeit zu verleihen. Das ist nun, wie wir gesehen haben, bereits in mannigfacher Weise geschehen. Es empfiehlt sich nun, die nach den vorbeschriebenen Verfahren hergestellten Körper in Vergleichsversuchen einer Art Wandprobe zu unterwerfen, bei der die in gleichartiger Weise verwendeten Baukörper auch einem gleichmäßigen Feuer ausgesetzt werden. Derartige vergleichende Versuche würden erst ergeben, ob man mit den bisher erlangten Ergebnissen zufrieden sein kann oder ob weitere Anstrengungen gemacht werden müssen, um die Feuerbeständigkeit dieser Baukörper zu steigern.

## Allgemeines.

Feuerbeständige durchsichtige Verglasung! Die Vorteile des gewöhnlichen Drahtglasses für Dach- und Dichtglasverglasungen sind heute allgemein bekannt und haben dem Drahtglas eine recht ausgedehnte Verwendung gesichert. Wegen seiner Intransparenz mußte man es an vielen Stellen, wo es sonst wegen seiner Feuerfestigkeit sehr angebraucht gewesen wäre, ausschalten. Neuerdings wird nun in Deutschland ein bedauerlich poliertes, vollständig durchsichtiges „Drahtspiegelglas“ hergestellt, ein Erzeugnis, das in den Vereinigten Staaten allgemein bekannt ist. Bei Versuchen im Staatlichen Materialprüfungsamt, Berlin, erwies es sich als völlig feuerbeständig. Eine Glasplatte wird feuerbeständig, wenn man in ihr ein Drahtgewebe einbettet; springt bei einem Wande unter dem Einfluß der Hitze oder unter der Wirkung des kalten Wasserstrahls eine solche Scheibe, dann werden die einzelnen Glasstücke durch das eingebettete Drahtgewebe zusammengehalten. Da Glas ein schlechter Wärmeleiter ist, kann auch das Gewebe selbst erst nach geraumer Zeit vom Feuer angegriffen werden, wenn nämlich die Hitze so groß geworden ist, daß die Glasmasse schmilzt. Bevor dies eintritt, dürfte das Feuer wohl in den meisten Fällen gelöscht sein. Für feuerbeständige, durchsichtige Verglasungen wäre also Drahtspiegelglas eine recht geeignete Verglasungsmittel. Seine Verwendung ist nicht auf Fenster allein beschränkt, auch für feuerfeste Rückführungen, Trennungswände, Autogaragen, die nach den polizeilichen Vorschriften feuerfest sein müssen, ist es gut verwendbar. Ferner für Hochleistungsdrücke, die häufig der Weg sind, auf dem ein Feuer von dem unteren auf die oberen Stockwerke übergeht. Auch für feuerfesten Betrieben, beim Bau von Zellulose- und Pulverfabriken, sowie bei Wäulern der Glimmbüchse, wird es sehr gut zu gebrauchen sein. Das Drahtspiegelglas eignet sich auch noch zu mannigfachen Verschönerungen. Es

schützt vor Verabreichung und ist an Schalterräumen, Ausstellungsständen und Schaufenstern ebenfalls sehr gut zu verwenden. Für Eisenbahnwagen und andere Verkehrsmittel verwendet, schützt es bei Unfällen vor Schmutzverletzungen. Da es auch einen höheren Widerstand gegen Explosion bietet, kommt es auch für Laboratorien und chemische Versuchsanstalten in Betracht. Es ist angenehm, daß sich untere Industrie und Verkehr dieses vielfältig verwendbaren Produktes auf allen möglichen Gebieten bedienen wird.

Neuzeitliche Kachelofenbänke. Der Kachelofen hat sich in Deutschland als die beste Heizanlage durch Jahre hindurch bewährt. Der Kachelofen ist wohl billiger als der Kachelofen, jedoch verbraucht er bei weitem mehr Brennmaterial. Auch die Zentralheizung stellt sich teurer. Deshalb ist es erklärlich, daß außer in Westdeutschland auch heute noch dem Kachelofen vor der Zentralheizung und dem Eisenofen in Deutschland der Vorzug gegeben wird. Allen andern Heizkörpern gegenüber bleibt der gute Kachelofen überlegen: 1. In seinem künstlerischen Schmuck und dauerhaften glasierten Kachelmaterial als hervorragender Zimmerdekoration; 2. in seiner Wirtschaftlichkeit durch Erparnis von Brennmaterial und Kostenersparnis; 3. in seiner Bequemlichkeit, milde, der Gesundheit dienliche gleichmäßige Wärmeabgabe und wirksamen Fußbodenwärmerückführung; 4. in seiner einfachen Bedienung und Erhaltung; 5. in seiner langen Lebensdauer. — Diese Vorteile besitzt der neue, verbesserte Kachelofen in ganz besonderem Maße. Wie sieht ein solcher Ofen aus? Er steht auf Füßen oder Fußsockeln, ist mindestens 12 cm von der Zimmerwand abgerückt, seine Gesamthöhe ist glatt, er hat mehr breite und niedere statt der früheren schmalen und hohen Bauart, sein besonderer Schmuck besteht in geschmackvoller Formen- und freudiger Farbgebung, sein vollkommenster feuerfestigster Aufbau gewährt Brennmaterialerparnis und erhöhte Heizleistung. — Die Heizleistung wird besonders erreicht durch verbesserte Rost- und Aschfalltür, neue Zirkulationsheizkörper und einen jetzt wieder zugelassenen Rauchschieber. Seine Größe wird bestimmt nach Ausmaß und Art der Abzugsöffnungen der Zimmerwände und nach der Lage des Zimmers. Er ist bedeutend kleiner, beansprucht weniger Platz und leistet trotzdem mehr als früher. Eiserne Kacheln (nach Hamburger Art) erlauben sich bei ihm nicht nur, sie zerfallen auch seine Harmonie. Als Brennmaterial werden am vorzuziehenden Braunkohle, Braunkohleerückstände und dergleichen verwendet. Für Holz, Torf und andere Brennmaterialien erhält er Sonderfeuerungen. Bei der Behandlung des Brennstoffes ist zu beachten, daß das Anzugsloch trocken lagert und feingepulvert wird, und Kohlen oder Breiwerk zerfeinert werden. Vor dem Feueranmachen öffnet man den Rauchschieber, reinigt Feuerung und Aschfalltür. Mit etwa 250 g Holz (möglichst ohne Papier) günde man das Feuer an und lege zerfeinerte Breiwerk auf. Nach etwa 10 Minuten lege man weiteren Brennstoff auf. Die Feuerleistung hält man stets geschlossen, die Aschfalltür bleibe während des Brennens offen. Ist bei starkem Frost das Nachlegen von Brennstoff erforderlich, so geschieht dies in mäßigen Mengen vorwiegend auf den vorderen Teil des Rostes, nachdem die Glut ein wenig nach hinten geschoben ist. Man darf nicht von oben in der Glut stoßern; bei längerem Feueranmachen man die Aschfalltür von unten mittels Feuerzangen. Bei Feueranbruch ist die Aschfalltür zu schließen und der Luftzutritt durch die Ventilationsvorrichtung einzustellen. Ist diese nicht vorhanden, so ist die Aschfalltür anzuschließen. Der Ofen wird erst dann vollkommen geschlossen und verstaubt, wenn der Breiwerkhaufen zusammengefallen, alle Rostlöcher vollkommen durchgelaufen und keine Klammern mehr vorhanden sind. Einige Stunden später ist auch der Rauchschieber zu schließen. Zur Reinigung und Pflege des Ofens ist zu bemerken, daß in jedem Frühjahr die Ofenzüge zu reinigen sind und die ausgebrannten Teile der Feuerung mit Schamottmaterial ausgetauscht werden. Verbrannte Roste sind zu erneuern, Feuerzangen instand zu setzen, insbesondere die Pfälze neu zu verkitzen; alle Ofenfügen sind zu dichten.

Ein neuer feuerfester Baustoff. Auf dem Gelände der Hamburger Hochbahn wurde Ende März eine neue und sensationelle Erfindung des Hamburger Ingenieurs Martinoff erprobt. Herr Martinoff hat eine aus Schmelzstein hergestellte Masse erfunden, die weder von Feuer, noch von Säuren oder Alkalien angegriffen werden kann. Auf dem Gelände der Hochbahn war ein kleines Haus errichtet worden, das vor Feuerprobe ausgesetzt wurde. Im und am Haus wurden große Holzstapel mit Benzin übergossen und in Brand gesetzt. Das Haus hielt jedoch das Feuer stand. Als nach etwa dreiviertel Stunden das Feuer gelöscht wurde, war auch nicht die geringste Beschädigung am Baumaterial des Hauses festzustellen. Neben diesem Baumaterial wurden bei der Feuerprobe noch eine Imprägniermasse und eine feuerfeste und unterwirdliche Farbe ausprobiert. Die Erfindung kann, weil sie in jeder Form und Stärke herzustellen ist, für innere und äußere Einrichtungen von Schiffen, Häusern und Eisenbahnen eine erhebliche Bedeutung erlangen.

Fabrikmäßige Herstellung von Beton. In America macht man den Versuch, Beton fabrikmäßig herzustellen und ihn den Bestellen gebrauchsfertig zu liefern. In Birmingham (Alabama), einer Stadt von etwa 200 000 Einwohnern, ist die erste Betonfabrik seit Oktober 1924 in Betrieb. Trotzdem der Beton bis zu einer Entfernung von 30 Kilometern befördert werden ist, soll er sich durch die Verwendung einer leichten Schlämme nicht einmischen und die Reifezeit vollkommen ausrechen lassen. Wenn sich tatsächlich durch geeignete Vorrichtungen die Entmischung vermeiden läßt, dann wird sich die Anlage von Betonfabriken in größeren Städten lohnen. Sie werden mit dazu beitragen, den Betonbau wirtschaftlicher zu gestalten und seine weitere Verbreitung fördern.